



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 144 (1933)

571 (9.12.1933) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-377885](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-377885)

Neue Mannheimer Zeitung

Abendpreis 10 Pf

Abendausgabe: Täglich 2mal außer Sonntag, Feiertage.
Der Preis monatlich 2,00 RM, und 60 Pf. Teilerlöse in anderen
Abteilungen abwärts 1,50 RM, durch die Post 2,50 RM. Einzel-
hefte 10 Pf. Postzusatz 2 Pf. Druckerei: Mannheimer Zeitungs-
druckerei, 12, Hauptstraße, 43, Schlegelstraße, 44, Heerstraße 12,
Königsplatz 4, W. Conner Straße 5, Seibelstraße 10.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Christening u. Hauptgeschäftsstelle: R 1, 4-6. Fernsprecher: Sammelnummer 24951
Postfach-Konto: Postfachnummer 175 90 - Telephonnummer: Kom. 9111 Mannheim

Abendausgabe: 21 mm breite, 40 Zeilen, 70 mm breite
Zeilenlänge 2,00 RM. Für im Voraus zu bezahlende Familien- und
Geldgeschäften sind besondere Preise. Bei Zahlungsunfähigkeit,
Verzögerung oder Zahlungsweigerung wird keinerlei Haftung
übernommen. Keine Gewähr für Anzeigen in bestimmten Rubriken, an beschränkten
Plätzen u. für fernmündlich erteilte Aufträge. Verantwortlich: Mannheimer

Mittag-Ausgabe

Samstag, 9. Dezember 1933

144. Jahrgang - Nr. 571

Genf für Frankreich unantastbar

Nichts vergessen, nichts hinzugelehrt

Redaktion des Wolff-Büros

Paris, 8. Dezember.

Staatsminister Paul-Boncour gab gestern
in der Presse eine Erklärung ab zu den Verhandlungen
über die Völkerbundreform. „Ich lese
den Text der Erklärung, für die er uns, das wir
nicht nur konkreter Vorschlag unterbreitet worden
ist, sondern auch, werden wir ihn prüfen.
Was man uns vorschlägt, über eine „Kapazität“
zu verhandeln, sind wir dazu gern bereit, vor-
zuziehen, das man die Grundlagen des Völkerbundes
auf der Haltung der Rechte aller Nationen
und eines gemeinsamen Ansatzes an der Organisation
des Friedens beruhen, nicht an der, und daß es sich
um die Kritik handelt, die als Ausdruck dieser
Haltung zu gelten haben.“

„Ich bin meiner Teil finde, daß der Völker-
bund als das glückliche den Grundstein
der Weltfriedens zwischen allen Nationen (2)
zu sein und unantastbar ist, mit der internationalen
Rechtensordnung. In dem Maße, die Verträge,
insbesondere des Völkerbundes transzendente Normen
zu sein, die in eine feste Verfassung der
Welt, die die Weltgemeinschaft im
Völkerbund zur Völkerbundpolitik bringen
zu wollen (1), wie dies von gewisser Seite
behauptet wird, ist ein unzulässiger Eingriff
in den Rahmen des Völkerbundes und
wäre gegen den Willen der Nationen und
gegen die Interessen der Welt zu sein.“

„Trotz dessen wir nicht daran, den Völkerbund
zu überleben, und nur in geringem Maße
zu leben. Er ist und bleibt die Grundlage unserer
Welt, so man will oder nicht.“

Diplomatenbesprechungen

Redaktion des Wolff-Büros

Paris, 8. Dezember.

Die rumänische Finanzminister hatte
eine Besprechung mit dem ehemaligen Minister
des Auswärtigen Senator Vasal und den früheren
Ministerin und Pierre Berner hatte
eine amerikanische Besprechung in Moskau, Pal-
litt, mit seiner Adresse aus Paris mit Edward
Lippitt eine Unterredung und Paul-Boncour
mit den belgischen Diplomaten.

„Auch die“ sagte die Außenminister Paul-
Boncour im Laufe des Besprechens die ungenügende
Wegensuche in Wien und Prag
„Kamp“ sprach davon, daß sich diesen Be-
sprechungen in Moskau und Wien, andere
Hüter, daß sich außerdem ein Besuch in Belgrad
angeht würde. Zur außenpolitischen Lage schreibt
er: „Wien“

„Während die Finanzlage geklärt ist, muß Frank-
reich dem Reichsfiskus antworten. Aber zu
keinem Zweck ist ein eingehender Rechnungs-
vergleich mit den Freunden Frankreichs mög-
lich. Deshalb ist der Turbulenz nach von
den gelassen.“

Die französische Regierung braucht Aufschub dar-
über, ob die Gerichte zu entscheiden, nach dem Ver-
fahren die Stellungnahme vom 14. Okt.
zu ergreifen und was es im Hinblick auf die
Verpflichtung ist. Von der Antwort des englischen
Regierung wird Frankreichs Haltung bei den
internationalen Besprechungen abhängen.

In Wien Zusammenhänge behauptet der fran-
zösische Botschafter, man benötige in den
Verhandlungen Vorkenntnisse, daß die englische Regie-
rung von Abbruch von Nichtanerkennung
des Völkerbundes für die Sicherheitsforderungen
die Rechte erhalte, von denen man eine Abkehrung
wünscht. Die durch einen Nichtanerkennung gegebene
Gewissheit können die Garantien erlangen oder
sonst erliegen, die Frankreich von der Kontrolle er-
halten.

Schwere Zwischenfälle in Spanien

Paris, 8. Dezember.

Das Spanien liegen Spanisch-Mexikanen über neue
Zwischenfälle vor. So wird aus Barcelona be-
richtet, daß dort im Laufe des gestrigen Abends drei
Bomben in Bomben explodiert seien, die
ausgesprochenen Schicksalen angeordnet hätten. Eine
Personen soll verletzt haben, in ein Auto
eingeknickt, um die Folgen in Brand zu
setzen. Es sei dabei in einer Schicht ge-
kommen, bei der zwei Personen getötet worden seien.
Die Polizei habe 24 Personen verhaftet.

In Saragossa wurden zahlreiche Bomben
entzündet, die die spanischen Behörden ver-
urteilen, daß das revolutionäre Komitee in Saragossa
20 Personen wurden festgenommen.

Belgien rüstet gegen Deutschland

Was Kriegminister Devèze unter „Verteidigung“ versteht

Telegraphische Meldung

Brüssel, 8. Dezember.

„Neben in der belgischen Kammer die Un-
schlüssigkeit über den auswärtigen Haushalt er-
ledigt war, der mit 82 gegen 65 Stimmen bei
11 Stimmenthalten angenommen wurde, ergriff
der Kriegminister Devèze im Senat das
Wort an — man kann jetzt schon fast sagen — seiner
Rede. Der einzige lebhafte Unterredung zwischen
diesen Redaktionen und denen früherer Monate
beruht eigentlich nur darauf, daß der Vertrag,
der von dem belgischen Parlament — d. h. von dem
belgischen Volk — gebilligt wird, um die „Leb-
haften Grenzen“ zu verteidigen, noch um einiges
früher geworden ist. Der Minister sagte sich, wie
wir der „Mannheimer Zeitung“ mitteilen, im übrigen
keine Zurückhaltung auf und
verlangte keine Militärkräfte ganz offen
unter Hinweis auf den notwendigen Schutz
der Grenze gegen Deutschland.“

Diese kriegerische Rede steht in einem merkwürdigen
Gegensatz zu den verständlichen Worten, die noch ver-
gangene Woche der Minister des Auswärtigen Bonnard
den Nachbarstaaten gegenüber sprach.
„Eben vorher hatte der katholisch-demokratische
Senator van Overbeke betont, daß nicht nur
keine Partei, sondern die gesamte Welt für
die Kredite stimmen würde. Er empfahl der
Regierung die größte Hilfe in der Durchführung ihrer
Pläne, da durch die große Gefahr der Bel-
gien, vom Dänen der Straße, kein Fall,
keine Stunde zu verlieren sei. Er rief
noch weiter. Der Dänen von Beschränkung muß
ausgebaut werden, um eine schnelle Ausbesserung
in Hilfe allerhand einleitend Truppen zu gewährleisten.
Nebenbei äußerte sich der Senator de Dorselot,
der ebenfalls die Kredite für unumgänglich nötig
hielt.“

Die Gefahr eines Einfalls das Land fort-
während in Wien kam. Er gab sogar noch
Eingehalten an, zum Beispiel, daß Deutsch-
land in einem Tag dreißig Divisionen auf
die Seine bringen könne, von denen zehn in
einer Nacht an die belgische Grenze gebracht
werden könnten. (1)
Nicht ganz so einverstanden waren die Sozialisten,
die zunächst wissen wollten, worin die Unstimmig-
keiten zwischen dem Generalstab und dem Bundesver-

teidigungsministerium bestanden, worauf Devèze
eindeutig antwortete, der Generalstab
billige den Plan der Landesverteidigung völlig. Die
Sozialisten benutzten jedoch die Gelegenheit, gegen
Deutschland in der bekannten Weise loszugehen.
Bei dieser Gelegenheit war es natürlich Devèze ein
leichtes, seine Forderungen anzubringen, worauf
dann auch die einzelnen Entwürfe angenom-
men wurden, während die Endabstimmung über den
Gesamtentwurf am Dienstag abgehalten werden soll.

Minister Devèze
hatte im Gegensatz zu den bisher stets erwiderten
700 Millionen Franken jetzt 750 Millionen Franken
verlangt. Erklärend hat er hinzu, daß 1934 nicht die-
selbe ganze Betrag aufgebracht zu werden brauche, son-
dern zunächst einmal 400 Millionen Franken, und
daraufhin für die „Vervollständigung der 1931
bewilligten Summe“

Die Forts von Västing und Hamar müßten
wiederhergestellt werden. Zugleich müßten
noch andere Forts angelegt werden, um
eine Wiederholung der Ereignisse von 1914 zu
vermeiden.

Die Städte genommen wurden, während die
Fortis noch handelten. Westmänner der belgischen
Grenze — wörtlich der Provinz Limburg — müßte
ebenfalls wieder hergestellt werden, um über-
haupt das Ideal sei, die sogenannte „Maginot-
Linie“ zu vervollständigen, die einen ge-
schlossenen Verteidigungswall darstelle von den Alpen
bis zur Nordsee. Außerdem müßte der Westwall bis
weiter noch bedeutend verstärkt werden. Auf der
Straße Tenue die Cantons müßte dem belgischen
West die Möglichkeit gegeben werden, sich in Stroh-
ballen zurückziehen zu können, vor allem aber werde
dabei der Dänen Beschränkung der zur Verbrennung
bestimmter Truppen nötige Schatz gewährleistet.
Schließlich wurde das seit langem verlangte arden-
nische Jägerkorps endlich zusammengeleitet und in
der Provinz Luxemburg garnisoniert werden. Man
denkt dabei an 200 Mann, die auf drei Jahre ein-
gesetzt werden sollen.

Nach diesen Ausführungen hat Minister Devèze
im Senat am Beschluß der zur Ausbesserung die-
ses Verteidigungsplans notwendigen Kre-
dite, „Verteidigung in dem“, so sagte er hinzu,
„wir müssen uns bemühen können, die
uns befreundeten Länder zu Hilfe zu rufen.“

Durch Sturm und Wellen kämpfte sich der
deutsche Dampfer an das holländische Schiff heran.
Nur Stunden lang dauerte der gewaltige
Kampf mit dem Elefanten.

Immer auf neue Höhe des deutschen Schiff eine Feinde
zu der „Pompe“ hinüber. Jedoch wieder, wenn es
gelungen war, die Feinde festzunehmen, doch sie beim
Anschließen war. Schließlich war auf dem deutschen
Schiff nur noch eine Schiffsbrücke vorhanden.
Aber der Versuch wurde auf neue unternom-
men: Wieder knallte der Schuß, wieder lag die hollän-
dische Feinde im Wasser. Mit unendlicher Vorsicht,
wieder wurde an ihr die Zügelmaschine betriebsbereit
und am Voranschreiten befohlen.

Die Besatzung des holländischen Schiffes ver-
fügte über die Feinde, damit die „Kanon“ an-
Die letzte Feinde trat es gelang, das Schiff ohne
weitere Schäden hier einzuschleppen, worauf die
„Kanon“ hier ursprünglichen Kurs nach
Westen aufnahm, wo sie inzwischen eingetroffen ist.

Ein völlig willkürlicher Spielball des holländischen
Wetters

Das unglückliche Schiff landete eine Rakete
nach der anderen ab, um diese herbeizurufen, ohne
den mindesten Erfolg zu haben. Als die letzte
Rakete verschossen war, mußte die Besatzung
jede Hoffnung auf Rettung aufgeben. Aber gerade
diese letzte Rakete war von der „Kanon“ an
beobachtet worden. Zunächst hatte die We-

In Guesda kam es zu Zusammenstößen zwi-
schen Polizei und einem Zug Extremisten, die eine
rote Fahne voranzutragen. Bei einer Schießerei
wurde eine Person getötet und eine zweite schwer
verletzt.

Kuherdem berichtet Guesda aus Madrid, daß der
Innenminister gegenüber Vertretern noch in
der Nacht diese Zwischenfälle bestätigt und außerdem
noch mitgeteilt habe, daß die Polizei in Guesda ein

Waffenlager mit 28 Bomben, zwei Revolvern,
einem Gewehr und zahlreicher Munition an-
getroffen habe. In der Stadt seien verschiedene
Telefonleitungen durchschnitten worden.
Schließlich habe der Innenminister noch erklärt, daß
in Salamanca die Verlegung so groß sei, daß
Truppen ertümelweise eine Nationalgarde be-
schaffen müßten. In ganz Spanien lauten
Gaukelungen und Vergerungen laut.

Aufgaben des Hausbesitzes

Redaktion des Wolff-Büros

Frankfurt a. M., 9. Dez.

Auf dem Verbandstag des Zentral-
verbandes Deutscher Haus- und Grund-
besitzervereine e. V. in Frankfurt a. M.
wählte Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums
Dr. Rohm grundlegende Ausführungen über die
Aufgaben, die dem Hausbesitz im Rahmen des
Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung
auffallen.

Staatssekretär Dr. Rohm wies darauf hin, daß
dem deutschen Hausbesitz in der großen Arbeits-
losigkeit, die jetzt gelitten werde, ein hervorragender
Beitrag zu leisten sei. Für Instandhaltung,
Erneuerung und Umbauarbeiten seien bisher
rund 700 Millionen Mark dem Hausbesitz
an Zuschüssen zur Verfügung gestellt worden.

Der Staatssekretär gab sodann eine eingehende
Uebersicht des Ausmaßes der verschiedenen Wei-
sungen und Vergünstigungen für den
Hausbesitzer für Instandhaltung und Umbau-
arbeiten. Damit hat die Reichsregierung alles
mögliche getan, um die Schäden, die der Haus-
besitz früher erlitten habe, wieder gutzumachen und
sogleich wieder Arbeit zu schaffen.

Schon seitdem hat die ständigen Auswirkungen
der Inhabungsnotstand. Es sei vor allen Dingen
daran hinzuweisen, daß die Zahl der durch Um-
bau und Teilung gewonnenen Wohnungen
geradezu unvorstellbar seien: gegenüber 1931
habe sie sich fast verdreifacht. Ebenso günstig seien
die Auswirkungen auf das Handwerk.

Die Besserung der Einkommensverhältnisse, die
der Besserung des Arbeitsmarktes automatisch
folgte, würde sehr wichtige Auswirkungen auf den
Hausbesitz haben. Im Programm der Reichsregie-
rung kündet auch noch andere Maßnahmen zur
Sanierung des Hausbesitzes. Erhöht sei hier vor
allen Dingen Zinsenkung und Steuer-
entlastung. Allerdings können die Probleme
nur Schritt für Schritt gelöst werden. Das
Ziel müsse sein, die Werte des Alt- und Neu-
hausbesitzes in ein vernünftiges wirtschaftlich
gerechtfertigtes Verhältnis zu einander zu bringen.

Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grund-
besitzervereine e. V. beschloß, das Führerprin-
zip einzuführen. Zum Präsidenten wurde Ober-
bauamtsleiter Erhard Roggendorf berufen.
Der bisherige Präsident G. H. wurde zum Ober-
präsidenten ernannt.

Am Abend fand im Hippodrom eine Kundgebung
statt, bei der

Staatssekretär Feder

über die Bedeutung des Hausbesitzes für die gesamte
deutsche Wirtschaft sprach. Dieser Bedeutung — so
führte er u. a. aus — sei sich der Nationalsozialismus
von Anfang an klar gewesen. Man solle nicht ver-
gessen, daß an der Lage des Hausbesitzes die mar-
xistischen Revolutionen allein die
Schuld haben. Die Voraussetzung für jeden neuen
Aufbau sei eine stabile Regierung. In dem Maße,
an dem Adolf Hitler die Regierung übernahm, be-
dauere die Möglichkeit der Arbeit auf lange Zeit.
Man möge nicht glauben, daß die Verhandlungen von
14 langen Jahren in ein paar Monaten wieder gut-
gemacht werden können.

Es sei nicht möglich, die Handwerker
sogar abzuschaffen. Wir müssen, erklärte der
Staatssekretär, hier Schritt für Schritt vor-
wärtig gehen.

Es würden alle Streikmaßnahmen nichts nützen, wenn
wir den deutschen Arbeiter nicht wieder der Arbeit
zuführen.
Kurzum, nach zehn Monaten nationalsozialisti-
scher Regierung, können wir mit Zuversicht und Ver-
trauen auf die Erfolge der Arbeitsbeschaffung hinweisen.
Am 1. Mai hat der Führer den Plan der Arbeitsbeschaffung
und die Wiederherstellung des Arbeitsbeschaffungs-
angeordnet. Das erhofft gilt auf lange Zeit, das an-
dere ist eine Maßnahme zur unmittelbaren Hilfe. So, wie
wir befreit sind, jede Möglichkeit des Exports zu
fordern, müssen wir uns trotzdem zunächst dem
Innenmarkt zuwenden. Wenn ich auch ein
Wegener aller Kontingenzmaßnahmen dem
Ausland gegenüber bin, so muß man doch ein-
sehen, erst kommt mein Volk, und dann die anderen.
Der Redner schloß dann die wichtigsten Maßnah-
men der Regierung auf, mit denen der Wirtschaft
ein Impuls zur Aufbesserung gegeben werden soll,
und stellte den Grundgedanken auf, daß

Stufen und Stufen nur aus dem Vertrag
besteht werden können.

Das dürfte aber kein freier Willkür sein für kommende
Jahre. Das Problem der Jns- und Steuerent-
lastung, so fuhr der Redner fort, werden wir in Ku-
nft nehmen Schritt um Schritt. Wir können nicht
die Aufgaben von heute auf morgen vollständig
lösen. Es werden, wie ich hoffe, schon in absehbarer

